

Antrag 2023/II/Ges/1

Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD Hamburg wird das Gesetz zum Vorhaben der Bundesregierung zur Legalisierung von Cannabis umsetzen

1 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

2 Die SPD Hamburg unterstützt das Vorhaben der Bundesregierung zur Legalisierung von Can-
3 nabis

4 **Begründung**

5 Begründung:

6 Es ist an der Zeit das Wahlversprechen der SPD von 2021 und das im Koalitionsvertrag der Ampel
7 festgeschriebene Vorhaben der Cannabis-Legalisierung in die Praxis umzusetzen. Die gesell-
8 schaftliche Realität ist, dass trotz bestehender Verbote der Konsum von Cannabis ständig steigt
9 (laut European Drug Report 2023 sehen die Fakten für Deutschland wie folgt aus: Cannabis-
10 Konsum der 15 – 34jährigen 2012 11 % / 2021 17,2 %. 34,5 % der 15 – 64jährigen haben angegeben,
11 dass sie in ihrem Leben Cannabis konsumiert haben.

12 Viele sind einem florierenden Schwarzmarkt und einer damit einhergehend hohen Drogenkri-
13 minalität ausgeliefert. Nach geltendem Recht macht sich jeder bei der Beschaffung von Can-
14 nabis strafbar, obwohl eine geringe Menge für den Eigenbedarf bei sich geführt werden darf.
15 Ein hoher Anteil "unreiner" Drogen befindet sich im Umlauf, was besonders gesundheitsge-
16 fährdend ist. Auf diese Probleme muss reagiert werden. Ein Weiter so darf es nicht geben. Aus
17 sozialdemokratischer Sicht gibt es keine andere Antwort als Legalisierung.

18 Anhang:

19 **Zukunftsprogramm der SPD, Bundestagswahl 2021**

20 3.14. Gesundheitsschutz, Jugendschutz und Entkriminalisierung bestimmen unsere Drogenpo-
21 litik (S. 53)

22 Wie Alkohol ist auch Cannabis eine gesellschaftliche Realität, mit der wir einen adäquaten
23 politischen Umgang finden müssen. Verbote und Kriminalisierung haben den Konsum nicht
24 gesenkt, sie stehen einer effektiven Suchtprävention und Jugendschutz entgegen und binden
25 enorme Ressourcen bei Justiz und Polizei. Eine

26 regulierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene soll in Modellprojekten von Ländern und Kom-
27 munen erprobt werden können, begleitet durch Maßnahmen der Prävention, Beratung und
28 Behandlung im Jugendbereich. Zudem werden wir bundeseinheitlich regeln, dass der Besitz
29 kleiner Mengen von Cannabis strafrechtlich nicht mehr verfolgt wird.

30 **Koalitionsvertrag AmpelDrogenpolitik (S. 68 im Kapitel „Pfleger und Gesundheit“)**

31 Wir führen die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizen-
32 zierten Geschäften ein. Dadurch wird die Qualität kontrolliert, die Weitergabe verunreinigter
33 Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet. Das Gesetz evaluieren wir nach
34 vier Jahren auf gesellschaftliche Auswirkungen. Modelle zum Drugchecking und Maßnahmen
35 der Schadensminderung ermöglichen und bauen wir aus.

36 Bei der Alkohol- und Nikotinprävention setzen wir auf verstärkte Aufklärung mit besonderem
37 Fokus auf Kinder, Jugendliche und schwangere Frauen. Wir verschärfen die Regelungen für Mar-
38 keting und Sponsoring bei Alkohol, Nikotin und Cannabis. Wir messen Regelungen immer wie-
39 der an neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und richten daran Maßnahmen zum Gesund-
40 heitsschutz aus.